



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

40. Sitzung (öffentlich)

23. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

15:00 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1	Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften	9
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2994	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/3601	

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3200

Ausschussprotokoll 17/400

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

2 Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – 2. NKFVG NRW) 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3570

Ausschussprotokoll 17/435

in Verbindung mit

Engpässe beseitigen – Land muss Kommunen mehr Zeit zur Umsetzung des Programms „Gute Schule 2020“ einräumen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2163

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

3 Hitzebelastung senken sichert Lebensqualität in NRW 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3015

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/3015 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4 Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen 13

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4115

in Verbindung mit

Straßenausbaubeiträge nach dem KAG

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1177

Der Ausschuss kommt überein, die Modalitäten der von der SPD-Fraktion beantragten Anhörung in einer Obleuterunde zu klären.

5 Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

6 Bürokratieabbau bei Mieterstromprojekten vorantreiben 16

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3797

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

7 Das Rheinische Revier muss Sonderfördergebiet werden, um den Braunkohlen-Strukturwandel erfolgreich gestalten zu können 17

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3811

sowie

Lebenswert, innovativ und klimafreundlich: Zukunftsfähige Entwicklung des Rheinischen Reviers strategisch gestalten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4104

in Verbindung mit

Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4117

in Verbindung mit

Neue Flächen für Wohnraum-, Gewerbe- und Industrieentwicklung im Rheinischen Revier ausweisen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4118

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

- 8 Gesetz über die Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Ablösung und Änderung weiterer Gesetze** 18
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4097
- in Verbindung mit
- Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG-Durchführungsverordnung – UVGDVO)**
- Vorlage 17/1364
- Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.
- 9 Hambacher Wald – Wer kommt für die Kosten für die Räumung und Zerstörung der Baumhäuser auf?** 19
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1329
- in Verbindung mit
- Räumung der Baumsiedlung „Black Socks“ im Hambacher Wald am 2. Oktober 2018**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1351
- in Verbindung mit
- Hambacher Forst – Was hat sich geändert?**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1328
- 10 Essen: Grüne Hauptstadt Europas 2017 – Evaluation und weitere Handlungsoptionen des Landes NRW** 42
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1424

11	Gutachten Evaluierung der Kostenpauschale nach dem FlüAG	50
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/1357	
12	Internationale Gartenausstellung 2027 in der Metropole Ruhr	52
	Ausschussprotokoll 17/371	
13	Verschiedenes	60

* * *

5 Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773

Vorsitzender Hans-Willi Körfges teilt mit, der federführende Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend führe am 6. Dezember 2018 eine Anhörung durch.

Henning Höne (FDP) schlägt nachrichtliche Beteiligung vor.

Da man über 450 Millionen Euro für ein Beitragsjahr bei einem Beteiligungsanteil von 70 Millionen Euro für die Kommunen spreche, sei selbstverständlich gerade der Kommunalausschuss betroffen, betont **Stefan Kämmerling (SPD)**, denn dies habe direkte Auswirkungen auf die Finanzen in den Kommunen. Deshalb müsse sich der Ausschuss selbstverständlich pflichtig an einer Anhörung beteiligen, wenn man von den Kommunen noch ernst genommen werden wolle.

Henning Höne (FDP) führt aus, es handele sich im Prinzip um die Fortsetzung des Kita-Rettungspaketes, sodass es keine Neuerung im Vergleich zum letzten Mal gebe. Zudem müsse man auch berücksichtigen, dass sich die terminliche Situation im Ausschuss mit Blick auf seinen Neuzuschnitt in dieser Legislaturperiode schwierig gestalte. Schließlich bleibe es jedem Ausschussmitglied unbenommen, an einer Anhörung teilzunehmen und Fragen zu stellen.

Stefan Kämmerling (SPD) schließt sich Henning Höne in seiner Kritik des Zuschnitts des Ausschusses ausdrücklich an, da man der großen Themenvielfalt damit nur schwer gerecht werde.

Dr. Ralf Nolten (CDU) unterstreicht, die Koalitionsfraktionen hielten dieses Thema für außerordentlich wichtig. Er erinnert an die Situation bei Regierungsübernahme, die das Kita-Rettungspaket erforderlich gemacht habe. Im Übrigen müsse sich jede Fraktion fragen, wie sie selbst mit Tagesordnungspunkten umgehe angesichts des Ausschusszuschnitts.

Stefan Kämmerling (SPD) hält Dr. Ralf Nolten entgegen, in der letzten Ausschusssitzung habe man aufgrund der CDU-Fraktion 1 Stunde und 15 Minuten über völlig unsinnige Geschäftsordnungsfragen diskutieren müssen, sodass man anschließend mit der Tagesordnung nicht mehr zurechtgekommen sei. Insofern liege der Ball nicht bei der SPD-Fraktion.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.